

Claudia Mareck

Fusionskontrolle im Krankenhausmarkt

Eine kartellrechtliche Bewertung von Zusammenschlüssen
unter krankenhausrrechtlichen Gesichtspunkten



Nomos

Kartell- und Regulierungsrecht

herausgegeben von

Prof. Dr. Torsten Körber, LL.M. (Berkeley)

Prof. Dr. iur. Dr. rer. pol. Dres. h.c. Franz Jürgen Säcker

Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß

Band 34

Claudia Mareck

Fusionskontrolle im Krankenhausmarkt

Eine kartellrechtliche Bewertung von Zusammenschlüssen
unter krankenhausrrechtlichen Gesichtspunkten



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Münster (Westf.), Univ., Diss. der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, 2018

ISBN 978-3-8487-5445-8 (Print)

ISBN 978-3-8452-9568-8 (ePDF)

D6

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand berufsbegleitend während meiner anwaltlichen Tätigkeit. Sie wurde im Sommersemester 2018 von der Juristischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster als Dissertation angenommen und im Hinblick auf erfolgte Gesetzesänderungen zum Stand März 2020 aktualisiert.

Mein herzlicher Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Thomas Gutmann, welcher die Arbeit betreut und das Erstgutachten erstellt hat. Er hat mir vertrauensvoll inhaltliche Freiräume bei der Ausgestaltung des Themas überlassen und mit leitender Hand das Gelingen dieser Arbeit stets gefördert. Ebenso danke ich Frau Prof. Dr. Petra Pohlmann für die Erstellung des Zweitgutachtens sowie ihre wertvollen Hinweise und Anregungen.

Besonders danken möchte ich all meinen Lieben, die mich menschlich und fachlich auf meinem Weg begleitet haben und über Jahre motivierend an meiner Seite standen ohne jemals zu vernachlässigen, dass Liebe, Freundschaft und Zuneigung gänzlich unabhängig von akademischen Würden und beruflichen Leistungen sind.

Mein Dank gilt auch den Krankenhausträgern, die mir ihr Vertrauen geschenkt, mich mit der kartellrechtlichen sowie medizinrechtlichen Beratung und Vertretung beauftragt haben und mir so einen praktischen Einblick in das Krankenhauswesen und den Verfahren vor dem Bundeskartellamt ermöglichten.

Köln, im April 2020

Claudia Mareck

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	27
Erstes Kapitel: Einleitung	39
Zweites Kapitel: Grundsätze der kartellrechtlichen Fusionskontrolle	43
Drittes Kapitel: Wirtschaftliche und sozialversicherungsrechtliche Rahmenbedingungen im Krankenhausmarkt	51
Viertes Kapitel: Krankenhausmarktstrukturen und ihre Wettbewerbswirkungen	64
Fünftes Kapitel: Überblick über Fusionskontrollverfahren im Krankenhausmarkt	236
Sechstes Kapitel: Formelle Fusionskontrolle	255
Siebtens Kapitel: Materielle Fusionskontrolle	289
Achstes Kapitel: Verfahrensablauf bei der Fusionskontrolle	495
Neuntes Kapitel: Rechtsschutz gegen Entscheidungen des Bundeskartellamts	515
Zehntes Kapitel: Zusammenfassung in Thesen	526
Elftes Kapitel: Entwicklungen und Ausblick	537
Anhang 1: Historische Entwicklung des Krankenhauswesens	541
Anhang 2: Übersicht Fusionskontrollverfahren im Krankenhausmarkt	638
Literaturverzeichnis	641

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	27
Erstes Kapitel: Einleitung	39
Zweites Kapitel: Grundsätze der kartellrechtlichen Fusionskontrolle	43
A. Ziele der Fusionskontrolle	44
B. Gegenstand und Prüfung der Fusionskontrolle	46
C. Fusionskontrolle nach der 8. GWB-Novelle	47
Drittes Kapitel: Wirtschaftliche und sozialversicherungsrechtliche Rahmenbedingungen im Krankenhausmarkt	51
A. Entwicklungstendenzen und wirtschaftliche Kennzahlen	52
I. Gesundheitsausgaben im Krankenhauswesen	52
II. Anzahl der Krankenhäuser und Planbetten	53
III. Trägerstrukturen	53
IV. Verweildauer, Bettenauslastung und Fallzahlen	54
V. Zusammenfassung	56
B. Sozialrechtlicher Krankenversicherungsschutz in der Bevölkerung	57
I. Krankenhausbehandlung in der GKV (Sachleistungsprinzip)	58
II. Krankenhausbehandlung in der PKV (Erstattungsprinzip)	61
C. Auswirkungen auf die kartellrechtliche Fusionskontrolle	61
Viertes Kapitel: Krankenhausmarktstrukturen und ihre Wettbewerbswirkungen	64
A. Grundlagen der Krankenhausplanung und ihre wettbewerbliche Auswirkung	66
I. Grundlagen der Krankenhausplanung	67
1. Ziele, Funktion, Aufbau und Inhalt des Krankenhausplans	67

Inhaltsverzeichnis

2. Krankenhausrahmenplanung	71
3. Rechtsnatur des Krankenhausplans	72
4. Auswahlverfahren zur Aufnahme in den Plan	73
5. Berücksichtigung der Trägervielfalt	76
6. Umsetzung des Krankenhausplans durch Feststellungsbescheid	78
a) Funktion und Inhalt des Feststellungsbescheids	79
b) Finanzierungsrechtliche Auswirkungen für das Plankrankenhaus	81
c) Rechtsschutz gegen Feststellungsbescheide	82
II. Wettbewerbliche Auswirkungen der Krankenhausplanung	84
1. Wettbewerbseinschränkungen und -spielräume der Krankenhäuser	84
a) Marktein- und -austritte von Nichtplankrankenhäusern	84
b) Einflussmöglichkeiten des Krankenhausträgers auf die Planentscheidung	86
c) Tendenzen zur Rahmenplanung	87
d) Leistungsauf- und -abbau	89
2. Wettbewerbseinschränkungen und -spielräume der Planungsbehörden	91
a) Identität zwischen Behörde und Träger	91
b) Berücksichtigung der Trägervielfalt	93
c) Prüfung des Trägerwechsels	94
d) Bedarfsanalyse und Nachfrageverhalten	97
e) Vorweggenommene Fusion durch Feststellungsbescheid	99
III. Zwischenergebnis Krankenhausplanung	103
B. Grundlagen der Krankenhausfinanzierung und ihre wettbewerbliche Auswirkung	105
I. Krankenhausfinanzierungssysteme	106
1. Monistische Finanzierung	106
2. Dualistische Finanzierung	107
II. Krankenhausinvestitionskostenrecht	108
1. Investitionskosten	108
2. Förderfähige Einrichtungen	108
3. Einzel- und Pauschalförderung	109
4. Investitionsquote	111
5. Strukturfonds	112

III. Krankenhausbetriebskostenrecht	114
1. Vergütung von Krankenhausleistungen	114
2. Aufbau und Ermittlung einer DRG	117
3. Landesbasisfallwerte, Veränderungswert und Bundesbasisfallwert	123
4. Pflegesatzvereinbarung auf krankenhaushausindividueller Ebene	125
a) Vertragsparteien, Vereinbarungszeitraum, Laufzeit	127
b) Inhalt und Form	128
aa) Summe der Bewertungsrelation/Casemix/ Casemix-Index	128
bb) Erlösbudget und Erlössumme	129
cc) Mehr- oder Mindererlösausgleiche	130
dd) Mehrleistungsabschlag	131
ee) Fixkostendegressionsabschlag	132
ff) Pflegebudget	133
gg) Mindestmengen	134
hh) Sonstige Entgelte	134
ii) Sicherstellungszuschlag	135
jj) Qualitätsgebundene Zu- und Abschläge	137
kk) Zu- und Abschlag für Notfallversorgung	139
ll) Weitere Zu- und Abschläge	139
IV. Auswirkungen der Krankenhausfinanzierung auf die Wettbewerbsfähigkeit	140
1. Wettbewerbsliche Auswirkungen des Investitionskosten- bzw. Förderungsrechts	140
a) Kopplung der Investitionsförderung an die Krankenhausplanung	140
b) Leistungsorientierte Investitionspauschalen	141
c) Zurück zur Monistik?	145
d) Förderung stationärer Versorgungskonzentration durch Strukturfonds	148
e) Zwischenergebnis Investitionskostenrecht	150
2. Wettbewerbsliche Auswirkungen des Betriebskostenrechts	151
a) Leistungsvergütung innerhalb des Versorgungsauftrags	152
b) DRG als Festpreis	153
c) Erlösbudget, Mehr- und Mindererlösausgleich	155
d) Mehrleistungsabschlag	156

Inhaltsverzeichnis

e) Fixkostendegressionsabschlag	157
f) Leistungen mit wirtschaftlich begründeten Fallzahlsteigerungen	160
g) Sicherstellungszuschlag	161
h) Qualitätszu- und -abschläge	164
i) Selektivverträge für Leistungen	164
j) Privatkliniken an Plankrankenhäusern	166
k) Zwischenergebnis Betriebskostenrecht	167
V. Zwischenergebnis Krankenhausfinanzierung	168
C. Nachfrager von Krankenhausleistungen	169
I. Gesetzliche Krankenkassen als Nachfrager	170
II. Vertragsärzte als Nachfrager	173
III. Patienten als Nachfrager	176
IV. Sonderfall Notfallpatienten	179
V. Fazit	182
D. Qualitätswettbewerb im Krankenhauswesen	182
I. Grundlagen der Qualität im Krankenhaus	183
1. Qualität als Grundvoraussetzung für die Leistungserbringung	184
2. Versorgung in fachlich gebotener Qualität	185
3. Generelle Verpflichtung zur Qualitätssicherung	186
4. Dimensionen der Qualität im Krankenhaus	187
II. Rechtliche Qualitätsvorgaben durch den GBA	188
1. Verpflichtung zur Qualitätssicherung	189
a) Qualitätsmanagement im Krankenhaus	190
aa) Externe stationäre Qualitätssicherung	191
bb) Einrichtungsinterne stationäre Qualitätssicherung	193
b) Indikationsbezogene Qualität	195
c) Vergütungsabschläge vor dem KHSG	196
2. Richtlinien des GBA zur Qualitätssicherung in ausgewählten Bereichen	198
a) Hygienerichtlinien	198
b) Qualität in der psychiatrischen und psychosomatischen Versorgung	198
3. Besondere Beschlüsse des GBA zur Qualitätssicherung im Krankenhaus	199
a) Fortbildung	199
b) Mindestmengen	199

c) Strukturierte Qualitätsberichte	205
d) Qualitätsverträge mit Krankenkassen	206
e) Qualitätsgebundene Vergütung	207
4. Weitere qualitätsgebundene Beschlüsse des GBA	208
a) Qualitätsindikatoren	208
b) Sicherstellungszuschläge	210
c) Gestuftes System der Notfallstrukturen	210
5. Sicherungsmaßnahmen zur Einhaltung und Fortentwicklung der Qualität	211
a) Evaluation und Weiterentwicklung	211
b) Durchsetzung und Kontrolle	212
III. Qualitätsinstitute	212
1. Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen	213
2. Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen	213
IV. Externe Qualitätssicherung auf Landesebene	216
V. Qualität in der Krankenhausplanung	217
1. Qualität auf Bundesebene	217
2. Qualität auf Landesebene	219
VI. Qualität in der Krankenhausfinanzierung	222
VII. Zwischenfazit zu rechtlichen Qualitätsvorgaben	223
VIII. Transparenz der Qualität	226
1. Strukturierte Qualitätsberichte	226
2. Zertifizierungen	229
3. Internetportale	230
4. Qualitätszu- und -abschläge	231
IX. Fazit	232
E. Gesamtfazit zu den Marktstrukturen und ihren Wettbewerbswirkungen	234
Fünftes Kapitel: Überblick über Fusionskontrollverfahren im Krankenhausmarkt	236
A. Nationale Fusionskontrollverfahren beim Bundeskartellamt	236
I. Ausgewählte Entscheidungen gegenüber privaten Krankenhausträgern	239
II. Ausgewählte Entscheidungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Krankenhausträgern	245

Inhaltsverzeichnis

III. Ausgewählte Entscheidungen gegenüber freigemeinnützigen Krankenhausträgern	246
IV. Zwischenfazit	247
B. Europäische Fusionskontrollverfahren	248
I. Fusion unter ausschließlicher Beteiligung national tätiger Krankenhausträger	249
II. Fusion unter Beteiligung länderübergreifend tätiger Krankenhausträger	250
C. Horizontale und vertikale Zusammenschlüsse	252
D. Motive für Krankenhausfusionen	253
 Sechstes Kapitel: Formelle Fusionskontrolle	 255
A. Krankenhäuser als Unternehmen	255
B. Fusionskontrollpflichtige Zusammenschlüsse	257
I. Zusammenschlusstatbestände	258
1. Vermögenserwerb	259
2. Kontrollerwerb	261
3. Anteilerwerb	263
4. Sonstige Unternehmensverbindung bei wettbewerblich erheblichem Einfluss	264
5. Besondere Fallkonstellationen	265
a) Managementverträge	265
b) Konzerninterne Umstrukturierungen	266
c) Fusion durch öffentlich-rechtlichen Akt	268
6. Klassische Zusammenschlussformen im Krankenhaussektor	270
II. Überschreiten der Schwellenwerte des § 35 Abs. 1 GWB	272
1. Beteiligte Unternehmen	274
2. Umsatzschwellen	275
a) Klassische Umsätze von Krankenhäusern und deren Höhe	276
b) Verbundklausel	279
aa) Krankenhäuser in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft	280
bb) Krankenhäuser in freigemeinnütziger Trägerschaft	282
cc) Krankenhäuser in privater Trägerschaft	283
dd) Umsatzschwellen des § 35 Abs. 1 Nr. 2 GWB	284

ee) Zeitlicher Rahmen	285
C. Ausnahmetatbestände des § 35 Abs. 2 und 3 GWB	286
D. Fazit	287
Siebttes Kapitel: Materielle Fusionskontrolle	289
A. Sachlich relevanter Markt	290
I. Einführung in die aktuelle Praxis des Bundeskartellamts unter Berücksichtigung bisheriger Rechtsprechung	291
II. Mögliche Marktabgrenzungen bei Krankenhausfusionen	296
1. Abgrenzung nach Art der Einrichtung	296
a) Abgrenzung Krankenhaus – Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtung	297
aa) Krankenhaus	297
(1) Finanzierungsrechtlicher Krankenhausbegriff des KHG	297
(2) Leistungsrechtlicher Krankenhausbegriff des SGB V	298
bb) Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtung	299
cc) Diskussion und Zwischenergebnis	300
b) Abgrenzung Krankenhaus – Privatkrankenanstalt	307
c) Weitere Krankenhausbegriffe	309
d) Abgrenzung Krankenhaus – Alten- und Pflegeheime	310
e) Zwischenergebnis	310
2. Abgrenzung nach Trägerschaften und Betriebsformen	311
a) Öffentliche Krankenhausträger	311
b) Freigemeinnützige Krankenhausträger	315
c) Private Krankenhausträger	316
d) Diskussion und Zwischenergebnis	316
3. Abgrenzung nach Anzahl der Fachabteilungen	317
a) Allgemeinkrankenhäuser	318
b) Fachkrankenhäuser	318
c) Zwischenergebnis	319
4. Abgrenzung nach Art der Zulassung zur Versorgung	320
a) Plankrankenhäuser	321
b) Universitätskliniken	321
c) Krankenhäuser mit Versorgungsvertrag	322
d) Diskussion	323
aa) Plan- und Vertragskrankenhäuser	323

Inhaltsverzeichnis

bb) Universitätskliniken	324
(1) Forschung und Lehre	325
(2) Besonderheiten in der Krankenhausplanung	329
(3) Besonderheiten in der Krankenhausfinanzierung	331
e) Zwischenergebnis	333
5. Abgrenzung nach Art des geschlossenen Krankenhausbehandlungsvertrags	333
a) Totaler Krankenhausaufnahmevertrag	334
b) Gespaltener Krankenhausaufnahmevertrag	335
c) Diskussion und Zwischenergebnis	335
6. Abgrenzung nach notwendigen und zusätzlichen Krankenhausleistungen	336
a) Allgemeine Krankenhausleistungen	337
b) Wahlleistungen	337
c) Diskussion und Zwischenergebnis	339
7. Abgrenzung nach ärztlicher Besetzung	340
a) Anstaltskrankenhäuser	340
b) Belegkrankenhäuser/ Belegabteilungen	340
c) Diskussion und Zwischenergebnis	342
8. Abgrenzung nach Versorgungsstufen	343
a) Grundversorgung	345
b) Regelversorgung	346
c) Maximalversorgung	347
d) Diskussion und Zwischenergebnis	348
9. Abgrenzung nach verschiedenen Fachabteilungen	350
a) Vorgehaltene Fachabteilungen	355
b) Diskussion	356
aa) Somatik	357
bb) Psychiatrie, Psychosomatik und psychotherapeutische Medizin	361
c) Zwischenergebnis	367
10. Abgrenzung nach DRG	368
a) DRG-Katalog	368
b) Top-10 DRG	369
c) Diskussion und Zwischenergebnis	370
11. Abgrenzung nach Hauptdiagnosegruppen	372
a) Hauptdiagnosegruppen	372
b) Diskussion und Zwischenergebnis	373
12. Abgrenzung nach medizinischen Leistungskomplexen	374

13. Zwischenergebnis	379
14. Abgrenzung (teil-)stationäre, vor- und nachstationäre, ambulante Behandlung	383
a) Vor- und nachstationäre Behandlung	385
b) Einteilung ambulant – stationär	391
aa) Ambulante Versorgungsformen im und am Krankenhaus	393
(1) Ambulantes Operieren, § 115b SGB V	394
(2) Institutionelle ambulante Leistungserbringung	397
(3) Ambulante Behandlung bei Unterversorgung, § 116a SGB V	400
(4) Medizinische Versorgungszentren, § 95 SGB V	401
(5) Persönliche Ermächtigung von Krankenhausärzten, § 116 SGB V	402
(6) Ambulante spezialfachärztliche Versorgung, § 116b SGB V	403
(7) Ambulante Behandlung nach § 75 Abs. 1a SGB V	404
(8) Ambulante Notfallbehandlung nach § 75 Abs. 1b SGB V	406
bb) Ergebnis und Ausblick	407
15. Fazit	413
B. Räumlich relevanter Markt	414
I. Angebotsseitige Betrachtung	418
1. Auswertung der Einzugsgebietsstatistiken	418
2. Zugriff auf Daten des InEK	423
3. Ableitbare Grundsätze aus bisherigen Verfahren	427
II. Nachfragebezogene Betrachtung	430
1. Tatsächliches Patientenverhalten	432
2. Vergangenheitsbezogene Betrachtung	434
3. Eigenversorgungsquote als Abgrenzungskriterium	437
4. Wechselseitige Marktdurchdringung	442
III. Fazit	448
IV. Bestimmung des räumlich relevanten Marktes im Vorfeld der Fusion	450

Inhaltsverzeichnis

C. Erhebliche Beeinträchtigung wirksamen Wettbewerbs insbesondere durch Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung	453
I. Prüfungskriterium nach der 8. GWB-Novelle	454
II. Prognose zu veränderten Marktstrukturen	457
III. Entstehung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung	457
1. Marktanteil anhand von Fallzahlen	458
2. Marktbeherrschung	464
a) Marktbeherrschungsvermutung des § 18 Abs. 4 GWB	465
aa) Alleiniger Marktanteil liegt vor der Fusion bereits oberhalb von 40%	466
bb) Marktanteil von 40% wird erst durch die Fusion überschritten	468
cc) Marktanteile überschreiten auch addiert 40% nicht	468
b) Fallbeispiele zur Widerlegung der Vermutung	470
3. Weitere Wettbewerbsparameter	474
a) Breite und Tiefe des Versorgungsangebots	474
b) Horizontale Integration im Markt	475
c) Vertikale Integration im Markt	476
d) Wettbewerbsvorsprünge bei Verhandlungen mit Krankenkassen	480
e) Finanzkraft	482
4. Zwischenergebnis	484
5. Kausalität und Sanierungsfusion	485
IV. Abwägungsklausel	490
V. Bagatellmarktklausel	493
 Achstes Kapitel: Verfahrensablauf bei der Fusionskontrolle	 495
A. Anmelde- und Anzeigepflicht	495
I. Präventive Fusionskontrolle	496
II. Anmeldepflichtige Normadressaten	497
III. Form und Inhalt der Anmeldung	497
IV. Anzeige des Vollzugs des Zusammenschlusses	500
B. Beteiligte/Beigeladene	501
C. Vor- und Hauptprüfverfahren	502
I. Vorprüfverfahren	502
II. Eintritt in das Hauptprüfverfahren	502

III. Entscheidung	505
1. Freigabe mit und ohne Nebenbestimmungen	505
a) Bedingungen	507
b) Auflagen	509
2. Untersagung	510
3. Entflechtungsverfahren	510
D. Kosten	512
E. Ordnungswidrigkeiten	514
Neuntes Kapitel: Rechtsschutz gegen Entscheidungen des Bundeskartellamts	515
A. Beschwerdegericht	515
B. Gerichtliche Rechtsschutzverfahren	516
C. Ministererlaubnis	517
D. Verhältnis zwischen Beschwerdeverfahren und Ministererlaubnis	522
E. Fazit	524
Zehntes Kapitel: Zusammenfassung in Thesen	526
Elftes Kapitel: Entwicklungen und Ausblick	537
Anhang 1: Historische Entwicklung des Krankenhauswesens	541
A. Entwicklung bis 1945	541
B. Entwicklung 1945 bis 1990	544
I. Entwicklung in der DDR	544
II. Entwicklung in der BRD	545
1. Preisrechtsverordnungen 1948	546
2. Bundespflegegesetzverordnung 1954	546
3. Grundgesetzänderungen 1969	547
4. Krankenhausfinanzierungsgesetz 1972	547
a) Sicherstellungsauftrag	548
b) Duales Finanzierungssystem und Selbstkostendeckungsprinzip	548
c) Krankenhausbedarfsplanung	549
5. Bundespflegegesetzverordnung 1973	549

Inhaltsverzeichnis

6. Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz 1981	550
a) Bedarfsorientierte Landeskrankenhauspläne	551
b) Investitionsförderung nach Versorgungsstufen	551
7. Krankenhaus-Neuordnungsgesetz 1985	552
a) Änderungen in der Krankenhausfinanzierung	552
b) Änderungen in der Krankenhausplanung	553
8. Bundespflegegesetzverordnung 1986	553
9. Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen 1988	553
C. Entwicklung seit 1990	554
I. Gesundheitsstrukturgesetz 1993	556
1. Abschaffung des Selbstkostendeckungsprinzips	556
2. Verzahnung des ambulanten und stationären Sektors	557
a) Vor- und nachstationäre Behandlung	557
b) Ambulantes Operieren	558
II. Gesetz zur Stabilisierung der Krankenhausausgaben 1996	558
III. Krankenhaus-Neuordnungsgesetz-E 1997	558
IV. Zweites GKV-Neuordnungsgesetz 1997	559
1. Aufhebung der Großgeräteplanung	560
2. Änderungen in der Krankenhausfinanzierung	560
3. Kostenerstattung neben Sachleistung	561
V. GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz 1999	561
VI. GKV-Gesundheitsreformgesetz 2000	562
1. Fallpauschalensystem	562
2. Integrierte Versorgung	563
3. Ambulantes Operieren	563
4. Geltungsbereich des SGB V	564
5. Qualitätssicherung	564
VII. Fallpauschalengesetz 2003	565
1. Einführung des DRG-Systems	565
2. Qualitätssicherung	566
VIII. GKV-Modernisierungsgesetz 2004	566
1. Kollektive Verträge	566
2. Integrierte Versorgung	567
3. Ambulante Behandlung bei Unterversorgung	567
4. Hochspezialisierte und andere Leistungen	567
5. Medizinische Versorgungszentren	568
6. Gemeinsamer Bundesausschuss	568
IX. Vertragsarztrechtsänderungsgesetz 2007	569
1. Gleichzeitige Tätigkeit im ambulanten und stationären Sektor	569

2. Integrierte Versorgung	570
X. Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung 2007	571
1. GKV-Sanierungsbeitrag	571
2. Sog. Kostenausreißer	572
3. Kostenerstattungsprinzip	572
4. Entlassmanagement	573
5. Hochspezialisierte und andere Leistungen	573
6. Integrierte Versorgung	574
7. Qualitätssicherung	574
8. Anwendbarkeit des GWB	575
XI. Krankenhausfinanzierungsreformgesetz 2009	575
1. Krankenhausfinanzierung	576
a) Leistungsorientierte Investitionspauschalen	576
b) Verlängerung der Konvergenzphase	576
c) Einheitlicher bundesweiter Basisfallwertkorridor	577
d) Ablösung der Grundlohnbindung	578
2. Entgeltsystem in der Psychiatrie	578
3. Vergütung belegärztlicher Leistungen	579
4. Praxiskliniken	579
5. Nutzung der DRG-Daten durch das Bundeskartellamt	580
XII. GKV-Finanzierungsgesetz 2011	581
1. Geminderte Grundlohnrate	581
2. Mehrleistungsabschlag	581
3. Kein Bundesbasisfallwert	582
4. Preisdeckelung in der vertragsärztlichen Versorgung	582
5. Kostenerstattungsprinzip	582
XIII. Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz 2011	583
1. Integrierte Versorgung	583
2. Einrichtungen zur Verbraucher- und Patientenberatung	583
3. Datenübermittlung in der ambulanten Versorgung	584
4. Anwendbarkeit des GWB	584
XIV. Infektionsschutzänderungsgesetz 2011	585
XV. GKV-Versorgungsstrukturgesetz 2012	586
1. Entgeltsystem in der Psychiatrie	586
2. InEK-Daten	587
3. Entgeltbindung bei Privatkliniken	587
4. Entlassmanagement	587
5. Sektorierte Beschlussfassung des GBA	588
6. Mitberatung der Länder bei Bedarfsplanungs-RL	588

Inhaltsverzeichnis

7. Gemeinsames Landesgremium	589
8. Vor- und nachstationäre Behandlung	589
9. Integrierte Versorgung	590
10. Disease Management Programme	590
11. Ermächtigungen	591
12. Ambulante Behandlung bei Unterversorgung	591
13. Ambulantes Operieren	591
14. Ambulante spezialfachärztliche Versorgung	592
15. Medizinische Versorgungszentren	593
16. Psychiatrische Institutsambulanzen	594
17. Sicherstellung des vertragsärztlichen Notdienstes durch Krankenhäuser	594
18. Gleichzeitige Tätigkeit im ambulanten und stationären Sektor	595
19. Abschaffung der Residenzpflicht	595
20. Preisdeckelung in der vertragsärztlichen Versorgung	595
21. Qualitätssicherung	596
22. Ambulante Rehabilitationsleistungen	596
XVI. Psychiatrie-Entgeltgesetz 2012	596
1. Krankenhaus im Sinne der BPflV	597
2. Entgeltsystem in der Psychiatrie	597
a) Lernendes System	598
b) Budgetneutrale Umsetzung	598
c) Konvergenzphase zu landeseinheitlichen Preisen	599
d) Entgelte für allgemeine Krankenhausleistungen	600
e) Zusatzentgelte, krankenhausespezifische Entgelte, weitere Zu- und Abschläge	601
f) Mehr- und Mindererlöse	601
g) Besondere Einrichtungen	602
h) Bericht über Auswirkungen des neuen Entgeltsystems	602
3. Qualitätssicherung in der Psychiatrie	602
4. Modellvorhaben in der psychiatrischen/ psychosomatischen Versorgung	603
5. Forschungsauftrag zur Mengenentwicklung	603
6. Mehrleistungsabschluss	604
7. Anteiliger Orientierungswert	604
8. Psychiatrische und psychosomatische Institutsambulanzen	605
9. Geriatrische Institutsambulanzen	605

10. Einsatz nicht angestellter Honorärärzte im Krankenhaus	606
XVII. Krebsfrüherkennungs- und Registergesetz 2013	606
1. Spezialfachärztliche Versorgung	606
2. Qualitätssicherung	607
XVIII. Beitragsschuldengesetz 2013	607
1. Versorgungszuschlag/Mehrleistungsabschlag	608
2. Refinanzierung von Tariflohnsteigerungen	608
3. Orientierungswert	609
4. Kostenausreißer	609
5. Abrechnungsprüfungen	610
6. Krankenhaushygiene	610
XIX. GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts- Weiterentwicklungsgesetz 2014	611
XX. GKV-Versorgungsstärkungsgesetz 2015	611
1. Zweitmeinung	612
2. Entlassmanagement	612
3. Medizinische Rehabilitation	613
4. Integrierte Versorgung	613
5. Terminservicestellen	613
6. Innovationsfonds	614
7. Ambulante Behandlung durch Krankenhäuser bei Unterversorgung	614
8. Hochschulambulanzen	615
9. Psychiatrische Institutsambulanzen	615
10. Geriatrische Institutsambulanzen	615
11. Medizinische Behandlungszentren für erwachsene Behinderte	616
XXI. Krankenhausstrukturgesetz 2016	616
1. Strukturfonds	617
2. Qualitätskriterium in der Krankenhausplanung	617
3. Qualitätsindikatoren des GBA	618
4. MDK-Kontrollen von Qualitätsvorgaben	619
5. Leistungsorientierte Investitionspauschalen	619
6. Qualitätszu- und -abschläge	619
7. Qualitätsverträge	620
8. Klinische Sektionen	620
9. Mindestmengen	621
10. Versorgungszuschlag und Mehrleistungsabschlag	621
11. Fixkostendegressionsabschlag	621
12. Sicherstellungszuschlag	622

Inhaltsverzeichnis

13. Mengenorientierte Bewertungsrelationen	623
14. Zentrumsbegriff	623
15. Gestuftes System der stationären Notfallversorgung	623
16. Ambulante Notfallversorgung	623
17. Investitionskostenabschlag bei ambulanten Leistungen	624
18. Zugriff auf Daten des InEK	624
XXII. Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen 2017	624
1. Entgeltsystem in der Psychiatrie	625
2. Fixkostendegressionsabschlag	625
3. Stationsäquivalente Behandlung	625
4. Definition von Krankenhausstandorten	626
XXIII. Pflegepersonal-Stärkungsgesetz 2018	626
1. Ausgliederung Pflegepersonalkosten aus DRG	626
2. Strukturfonds	627
3. Fixkostendegressionsabschlag	627
4. Sicherstellungszuschlag	627
5. Kalkulationskrankenhäuser	627
6. Besondere Aufgaben von Zentren und Schwerpunkten	627
7. Pflegepersonaluntergrenzen	628
XXIV. Terminservice- und Versorgungsgesetz 2019	628
1. Sektorübergreifende Schiedsgremien	628
2. Antragsrecht der Länder bei GBA-Richtlinien und Beschlüssen	629
3. Entlassmanagement	630
4. Terminservicestellen	630
5. Medizinische Versorgungszentren	631
XXV. Digitale-Versorgung-Gesetz 2019	631
XXVI. MDK-Reformgesetz 2020	632
1. Fixkostendegressionsabschlag	632
2. Anpassung der Sachkostenkorrektur	632
3. Kalkulationskrankenhäuser	632
4. Prüfquote und Strafzahlungen	633
5. GBA-Sitzungen	633
6. Ambulante Operationen	633
XXVII. Covid-19-Krankenhausentlastungsgesetz 2020	634
XXVIII. Fazit und Ausblick zum ordnungspolitischen Rahmen für Krankenhäuser	635

Inhaltsverzeichnis

Anhang 2:	Übersicht Fusionskontrollverfahren im Krankenhausmarkt	638
Literaturverzeichnis		641

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.E.	am Ende
ÄApprO	Approbationsordnung für Ärzte
ÄKWL	Ärzttekammer Westfalen-Lippe
Ärzte-ZV	Zulassungsverordnung für Vertragsärzte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ÄZ	Ärzte Zeitung
a.F.	alte Fassung
AbgrV	Abgrenzungsverordnung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEB	Aufstellung der Entgelte und Budgetermittlung
AG	Aktiengesellschaft
aG-DRG	German Diagnosis Related Groups (nach Ausgliederung der Pflegepersonalkosten)
AktG	Aktiengesetz
AMNOG	Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes
Amtsbl. Schl.-H.	Amtsblatt für Schleswig-Holstein
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse(n)
AOP	Ambulante Operationen
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
AQUA-Institut	Institut für angewandte Qualitätsförderung und Forschung im Gesundheitswesen GmbH
AR-DRG	Australian Refined Diagnosis Related Group
Art.	Artikel
ArztR	Arztrecht (Zeitschrift)
ASV	Ambulante spezialfachärztliche Versorgung
Auskunftsbeschl.	Auskunftsbeschluss
Az.	Aktenzeichen
AVB	Muster Allgemeiner Vertragsbedingungen für Krankenhäuser
BÄK	Bundesärztekammer
BAnz.	Bundesanzeiger
BayKrG	Bayerisches Krankenhausgesetz
Bd.	Band
BDPK	Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V.

Abkürzungsverzeichnis

Bedarfsplanungs-RL	Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Bedarfsplanung sowie die Maßstäbe zur Feststellung von Überversorgung und Unterversorgung in der vertragsärztlichen Versorgung
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
BeitrEntlG	Beitragsentlastungsgesetz
Beschl.	Beschluss
BfArM	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKartA	Bundeskartellamt
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMV-Ä	Bundemantelvertrag-Ärzte
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BPflV	Bundespflegesatzverordnung
BQS-Institut	Bundesgeschäftsstelle Qualitätssicherung gGmbH (2001-2009), seitdem BQS Institut für Qualität & Patientensicherheit GmbH
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BR-Drs.	Bundesrat Drucksache
BremKrhG	Bremisches Krankenhausgesetz
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundessozialgerichts
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestag Drucksache
BT-PIPr.	Bundestag Plenarprotokoll
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVG	Bundesversorgungsgesetz
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CCL	Complication and Comorbidity-Level
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CM	Case Mix
CMI	Case Mix Index
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
CT	Computertomographie

ctt	caritas trägergesellschaft trier e.V., seit dem Jahr 2009 cusanus trägergesellschaft trier mbH
DAS	Digitales Substraktions-Angiographiegerät
dass.	dasselbe
d.h.	das heißt
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DIMDI	Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information
DIN EN ISO	Deutsche Industrie Norm, Europäische Norm, International Organization for Standardization
DIN ISO	Deutsche Industrie Norm, International Organization for Standardization
Diss.	Dissertation
DKG	Deutsche Krankenhausgesellschaft
DKG-NT	Deutsche Krankenhausgesellschaft Normaltarif
DKI	Deutsches Krankenhausinstitut
DKR	Deutsche Kodierrichtlinien
DKR-Psych	Deutsche Kodierrichtlinien für die Psychiatrie und Psychosomatik
DM	Deutsche Mark
DMP	Disease-Management-Programm
Dr.	Doktor
DRG	Diagnosis Related Groups
DRG-EKV	DRG-Entgeltkatalogverordnung
Drs.	Drucksache
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVG	Gesetz für eine bessere Versorgung durch Digitalisierung und Innovation (Digitale-Versorgung-Gesetz)
EBITDA	Earnings before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization
EBM	Einheitlicher Bewertungsmaßstab
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaften
EigVO NRW	Eigenbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen
et al.	et alia
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUR	Euro
e.V.	eingetragener Verein
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
f&w	führen und wirtschaften im Krankenhaus (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

f.	folgende
FDA	Fixkostendegressionsabschlag
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	fortfolgende
FKH-R	Regelungen des GBA zur Fortbildung der Fachärzte, der Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Krankenhaus
FKVO	Fusionskontrollverordnung
Fn.	Fußnote
FPG	Fallpauschalengesetz
FPV	Fallpauschalenvereinbarung
FS	Festschrift
gAA	gemeinnützige Aktiengesellschaft
GBA	Gemeinsamer Bundesausschuss
GBL	Gesetzblatt
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
G-DRG	German Diagnosis Related Groups
GEBERA	Gesellschaft für betriebswirtschaftliche Beratung mbH
gem.	gemäß/gemeinnützige
GemKHBVO NRW	Gemeindekrankenhausbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen
GesR	Gesundheitsrecht (Zeitschrift)
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggfs.	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GKV-FinG	Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung
GKV-FQWG	Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung
GKV-IPReG	Gesetz zur Stärkung von intensivpflegerischer Versorgung und medizinischer Rehabilitation in der gesetzlichen Krankenversicherung (Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz)
GKV-NOG	Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung
GKV-SolG	Gesetz zur Stärkung der Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung
GKV-SV	GKV-Spitzenverband
GKV-VSG	Gesetz zur Verstärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung
GKV-VStG	Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung

KKV-WSG	Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMG	Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenkassen
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte
GRG	Gesundheits-Reformgesetz
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GSbG	Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen
GSG	Gesundheitsstrukturgesetz
GuS	Gesundheits- und Sozialpolitik (Zeitschrift)
GV. NRW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Habil.	Habilitation
h.c.	honoris causa
HeilBerG NRW	Heilberufsgesetz Nordrhein-Westfalen
hg.	herausgegeben
HG NRW	Gesetz über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
HKHG	Hessisches Krankenhausgesetz
HmbKHG	Hamburgisches Krankenhausgesetz
HMG	Hochschulmedizingesetz
HNO	Hals-Nasen-Ohren
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
IBR	Investitionsbewertungsrelation
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.H.v.	in Höhe von
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
ICD-10-GM	International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems; Internationale Statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Version, German Modification
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IGES	Institut für Gesundheits- und Sozialforschung
IGSF	Institut für Gesundheits-System-Forschung
IK	Institutskennzeichen

Abkürzungsverzeichnis

IKK	Innungskrankenkasse(n)
InEK	Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus gGmbH
inkl.	inklusive
insges.	insgesamt
IQM	Initiative Qualitätsmedizin
IQTIG	Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen
IQWiG	Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen
IT	Informationstechnik
IV	Integrierte Versorgung
JGG	Jugendgerichtsgesetz
Jh.	Jahrhundert
juris-PK	Juris-Praxiskommentar
KartKostVO	Verordnung über die Kosten der Kartellbehörden
KBV	Kassenärztliche Bundesvereinigung
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KHBV	Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten von Krankenhäusern (Krankenhaus-Buchführungsverordnung)
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHG LSA	Krankenhausgesetz Sachsen-Anhalt
KHGG NRW	Krankenhausgestaltungsgesetz Nordrhein-Westfalen
KHKG	Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz
KHNG	Krankenhaus-Neuordnungsgesetz
KHR	Zeitschrift für das gesamte Krankenhausrecht (Zeitschrift)
KHRG	Krankenhausfinanzierungsreformgesetz
KHSFV	Verordnung zur Verwaltung des Strukturfonds im Krankenhausbereich
KHSG	Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung
KHStatV	Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser
KHZVV NRW	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten und Verfahren auf dem Gebiet des Krankenhauswesens Nordrhein-Westfalen
KK-KartR	Kölner Kommentar zum Kartellrecht
KOM-LE	Kommunikation für Leistungserbringer (Fachanwendung in der IT)
KQM-RL	Richtlinie des GBA über die grundsätzlichen Anforderungen an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement für nach § 108 SGB V zugelassene Krankenhäuser
KRS	Krankenhausrechtsprechung (Entscheidungssammlung)

KTQ	Kooperation für Transparenz und Qualität im Gesundheitswesen
KU	KU Gesundheitsmanagement (Zeitschrift)
KuR	Kirche und Recht (Zeitschrift)
KV	Kassenärztliche Vereinigung
KVG	Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter
KVKG	Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung
KVWL	Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe
KWI	Karlsruher Schriften zum Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht
KZBV	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung
LBFW	Landesbasisfallwert
LHM	Linksherzkatheter-Messplatz
lit.	littera
LKG	Landeskrankenhausgesetz
LKGBbg	Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg
LKHG Ba-Wü	Landeskrankenhausgesetz Baden-Württemberg
LKHG M-V	Landeskrankenhausgesetz Mecklenburg-Vorpommern
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland (Zeitschrift)
L/M/R/K/M	Loewenheim/ Meessen/ Riesenkampff / Kersting / Meyer-Lindemann
LS	Leitsatz
LSG	Landessozialgericht
LT	Landtag
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MAGS NRW	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
MARS	Molecular Adsorbent Recirculation System
MB/KK	Musterbedingungen des Verbandes der privaten Krankenversicherung
MBL	Ministerialblatt
MBO-Ä	Musterberufsordnung der Ärzte
MDC	Major Diagnostic Category (Hauptdiagnosegruppe)
MD	Medizinischer Dienst
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
MDK-QK-RL	Richtlinie zu Kontrollen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK-Qualitätskontroll-Richtlinie)
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)
Mio.	Millionen
Mm-R	Regelung des Gemeinsamen Bundesausschusses für nach § 108 SGB V zugelassene Krankenhäuser über Mindestmengen

Abkürzungsverzeichnis

MPEUAnpG	Gesetz zur Anpassung des Medizinprodukterechts an die Verordnung (EU) 2017/745 und die Verordnung (EU) 2017/746 (Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz)
Mrd.	Milliarden
MRT	Magnetresonanztomographie
MRVG NRW	Maßregelvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen
MVF	Monitor Versorgungsforschung
MVollzG LSA	Maßregelvollzugsgesetz für das Land Sachsen-Anhalt
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
n. Chr.	nach Christus
n. rkr.	nicht rechtskräftig
n.v.	nicht veröffentlicht
Nds. GVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Nds. KHG	Niedersächsisches Krankenhausfinanzierungsgesetz
NICU	Neonatal Intensive Care Unit
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSCLC	Non-Small Cell Lung Cancer
NUB	Neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht (Zeitschrift)
OHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OP	Operation
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OPS	Operations- und Prozedurenschlüssel
OVG	Oberverwaltungsgericht
PauschKHfVO	Verordnung über die pauschale Krankenhausförderung
PCCL	Patient Clinical Complexity Level (patientenbezogener Gesamtschweregrad)
PECLA	pumpless extra corporeal lung assist
PEPP	pauschalierendes Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik
PET	Positronen-Emissions-Tomographie
PIA	Psychiatrische Institutsambulanz
PKV	Private Krankenversicherung
PLZ	Postleitzahl

PPP-RL	Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Ausstattung der stationären Einrichtungen der Psychiatrie und Psychosomatik mit dem für die Behandlung erforderlichen therapeutischen Personal gem. § 136a Abs. 2 Satz 1 SGB V (Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie)
PpSG	Pflegepersonal-Stärkungsgesetz
PpUGV	Verordnung zur Festlegung von Pflegepersonaluntergrenzen in pflegeintensiven Bereichen in Krankenhäusern (Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung – PpUGV)
Prof.	Professor
PsychEntgG	Gesetz zur Einführung eines pauschalierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen
PsychKG	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten
Psych-PV	Verordnung über Maßstäbe und Grundsätze für den Personalbedarf in der stationären Psychiatrie
PsychVVG	Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen
Qb-R	Regelungen des Gemeinsamen Bundesausschusses zum Qualitätsbericht der Krankenhäuser
QFR-RL	Qualitätssicherungs-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses für Früh- und Reifgeborene
QM	Qualitätsmanagement
QM-RL	Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über grundsätzliche Anforderungen an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement für Vertragsärztinnen und Vertragsärzte, Vertragspsychotherapeutinnen und Vertragspsychotherapeuten, medizinische Versorgungszentren, Vertragszahnärztinnen und Vertragszahnärzte sowie zugelassene Krankenhäuser
QSKH-RL	Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über Maßnahmen der Qualitätssicherung in Krankenhäusern
QSR	Qualitätssicherung mit Routinedaten
rd.	rund
RettG NRW	Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer des Landes Nordrhein-Westfalen
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RKI	Robert Koch-Institut
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
RVO	Reichsversicherungsordnung
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. oder Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e.V.
s.	siehe

Abkürzungsverzeichnis

S.	Seite
SaarKHG	Saarländisches Krankenhausgesetz
SächsKHG	Gesetz zur Neuordnung des Krankenhauswesens (Sächsisches Krankenhausgesetz)
SdbR	Stiftung des bürgerlichen Rechts
SE	Societas Europaea (Europäische Aktiengesellschaft)
SG	Sozialgericht
SGB	Sozialgesetzbuch
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SIEC	significant impediment to effective competition
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
St.	Sankt
st.	ständige
StGB	Strafgesetzbuch
SVR-G	Gutachten des Sachverständigenrats zur Beurteilung der Entwicklung im Gesundheitswesen
TEP	Totalendoprothese
ThürKHG	Thüringer Krankenhausgesetz
Tsd.	Tausend
TSVG	Terminservice- und Versorgungsgesetz
Tz.	Textziffer
u.a.	unter anderem
üFMS-B	Bestimmung des GBA von Anforderungen an einrichtungsübergreifende Fehlermeldesysteme
UKE	Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
UKEG	Gesetz zur Errichtung der Körperschaft „Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf“
UKVO NRW	Rechtsverordnung für die Universitätskliniken Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln und Münster
UmwG	Umwandlungsgesetz
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter
v.	vom/von
VÄndG	Vertragsarztrechtsänderungsgesetz
VBE	Vereinbarung zur Bestimmung von Besonderen Einrichtungen
Vfg.	Verfügung
VfW MBl.	Mitteilungsblatt des Verwaltungsamts für Wirtschaft
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorbem.	Vorbemerkung

Abkürzungsverzeichnis

VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht (Zeitschrift)
VUD	Verband der Universitätsklinika Deutschlands e.V.
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WBO	Weiterbildungsordnung
WiDO	Wissenschaftliches Institut der AOK
WiGBL	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
WR	Wissenschaftsrat
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
WuW/E DE-V	Wirtschaft und Wettbewerb – Entscheidungssammlung – Deutschland Verwaltung
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
Ziff.	Ziffer
ZMGR	Zeitschrift für das gesamte Medizin- und Gesundheitsrecht (Zeitschrift)
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht (Zeitschrift)

